

Antrag

an den Gemeinderat der Stadt Schriesheim

Der Gemeinderat der Stadt Schriesheim möge beschließen:

- 1. Die Stadt Schriesheim verwendet keine gentechnisch veränderten Organismen oder daraus hergestellten Produkte auf städtischen Grundstücken.**
- 2. Bei der Neuverpachtung städtischer Flächen und bei der Verlängerung eventuell bestehender Pachtverträge sollen die Pächter/innen solange vertraglich verpflichtet werden, auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verzichten, bis deren Unbedenklichkeit nachgewiesen ist.**
- 3. Bei eventuell bestehenden Pachtverträgen sollen die Pächter/innen aufgefordert werden, sich solange durch Unterschrift der Haltung der Stadt anzuschließen, bis die Unbedenklichkeit gentechnisch veränderter Pflanzen nachgewiesen ist.**
- 4. Die Stadt Schriesheim tritt beitragsfrei dem Bündnis „Bürger für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in der Kurpfalz“ bei.**
- 5. Gemeinderat und Verwaltung der Stadt Schriesheim appellieren an die Verbraucher, ausschließlich nicht gentechnisch veränderte landwirtschaftliche Produkte zu kaufen und zu verzehren.**

Zur Begründung:

- Bei den deutschen Verbrauchern herrscht Einigkeit in Sachen Agro-Gentechnik: Vier von fünf Bürgerinnen und Bürgern lehnen den Einsatz der Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion ab. 95 % aller Konsumenten verlangen eine klare Kennzeichnung von Produkten, bei deren Herstellung Gentechnik mit im Spiel war.
- Die ökologischen Risiken der Agro-Gentechnik, wie z.B. die Auswirkungen auf das gesamte Bodenleben, sind kaum erforscht. Bei manchen insektenresistenten Pflanzen hat sich gezeigt, dass das von der Pflanze produzierte Insektengift nicht nur die so genannten Zielinsekten tötet, sondern auch andere Insekten, die das Gift der Gen-Pflanze über die Nahrungskette aufgenommen haben. Wir wissen noch nicht viel über die langfristigen, indirekten und komplexen Wechselwirkungen von gentechnisch veränderten Pflanzen mit der agrarischen und nicht-agrarischen Umwelt. Die wenigen vorliegenden Befunde geben Anlass zur Besorgnis: Genveränderte Pflanzen können sich in allen Ökosystemen unkontrolliert ausbreiten und ihr Erbgut auf verwandte Wildarten übertragen.
- Nur wenige Erkenntnisse liegen über gesundheitliche Folgen vor. Neuere Untersuchungen belegen, dass Gentechnik-Futter die Gesundheit der Nutztiere negativ beeinflussen kann. Die Auswirkungen auf den Menschen als letztes Glied der Nahrungskette, als Konsumenten von genveränderten pflanzlichen und von tierischen Produkten, sind noch nicht annähernd abschätzbar. Nach der Aussage von Experten bestehen keine einheitlichen Kriterien für die Risikobewertung; es gebe keine

wissenschaftlich definierte Grenzlinie, um über die „Sicherheit“ genmanipulierter Produkte zu entscheiden.

- Der Badische Landwirtschaftliche Hauptverband rät zum gegenwärtigen Zeitpunkt zum Verzicht auf gentechnisch veränderte GVO-Ackerkulturen (bbd 02/06) unter Hinweis auf die unverändert ablehnende Haltung der Verbraucher gegenüber genveränderten Lebensmitteln und die erheblichen haftungsrechtlichen Risiken nach dem geltenden Gentechnikgesetz. Für Feldversuche müssten strenge Sicherheitsvorschriften gelten. Eine Vermischung mit konventionellen und Bio-Kulturen sowie jeglicher Gen-Transfer, jegliche Auskreuzung müsse unter allen Umständen vermieden werden, um den marktorientierten landwirtschaftlichen Unternehmen keine wirtschaftlichen Nachteile zu bringen.

Anlass für den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt sind die Freilandversuche mit der Genmais-Sorte MON 810 auf Ladenburger Gemarkung. In unserer Nachbargemeinde Dossenheim hat der Gemeinderat auf Antrag der Gemeindeverwaltung den Beschluss gefasst, die Pachtverträge für gemeindeeigene Flächen so zu ändern oder zu ergänzen, dass die Verwendung von gentechnisch verändertem GVO-Saatgut verboten ist. Die Stadt Ladenburg hat eine ähnliche Pachtklausel beschlossen, wird keine gentechnisch veränderten Organismen oder daraus hergestellten Produkte auf städtischen Grundstücken verwenden und wird Mitglied im Bündnis „Bürger für eine gentechnik-freie Landwirtschaft in der Kurpfalz“.

Für die Fraktion:

Gisela Reinhard